

Vortrag an den Ministerrat

Bericht über die Tagung des Rates der EU (Umwelt) am 26. Juni 2019 in Luxemburg

Am 26. Juni 2019 fand die zweite formelle Ratstagung (Umwelt) unter rumänischem Vorsitz statt. Den Vorsitz führten Vizepremierministerin und Umweltministerin Grațiela Leocadia Gavrilescu, sowie der Minister für Wasser und Wälder Ioan Deneș. Die österreichische Delegation wurde von Umweltministerin DI Maria Patek geleitet. Die Europäische Kommission war durch Kommissar Karmenu Vella (Umwelt) und Kommissar Miguel Arias Cañete (Klimapolitik) vertreten.

Im Mittelpunkt der Tagesordnung des Rates standen die Annahme von Schlussfolgerungen zur Entwicklung einer EU-Strategie für eine nachhaltige Chemikalienpolitik, die allgemeine Ausrichtung zur Verordnung über Mindestanforderungen für die Wasserwiederverwendung sowie ein Gedankenaustausch über die Ergebnisse der Überprüfung der Umsetzung der Umweltpolitik 2019.

Die Schlussfolgerungen zur Chemiepolitik greifen viele Initiativen auf, die bereits unter österreichischem Ratsvorsitz gesetzt wurden. Besonders erwähnenswert sind die Forcierung des Leitbildes einer „grünen“ oder auch „nachhaltigen“ Chemie, die Wichtigkeit der Konsistenz von überlappenden Rechtsmaterien wie Chemie- und Abfallrecht und die Notwendigkeit der Unterstützung von wissenschaftlichen Fragestellungen im Umfeld der Chemiepolitik aus EU-Forschungsmitteln. Die Schlussfolgerungen wurden ohne Änderungen angenommen.

Bei der Wasserwiederverwendung unterstrichen die Mitgliedstaaten ihre jeweiligen Prioritäten, allgemein wurde der Text des Vorsitzes jedoch als guter Kompromiss bestätigt. Die zwei zentralen Anliegen für Österreich waren die Anwendungsklarstellung, die auch seitens der Bundesländer eingefordert wurde, sowie die Einführung einer Review-Klausel zur Sicherstellung hoher Standards für Gesundheit, Umweltschutz und Agrarprodukte. Beide Anliegen wurden in dem Text berücksichtigt. Die allgemeine Ausrichtung wurde unter Enthaltung von Deutschland und der Slowakei, die den aktuellen Kompromisstext nicht

unterstützen konnten, angenommen. Damit steht dem Vorsitz der Weg für Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament offen.

Im Anschluss folgte der Gedankenaustausch über die Ergebnisse der Überprüfung der Umsetzung der Umweltpolitik 2019. Hierbei wurden einige Verbesserungsvorschläge für künftige Überprüfungen und die bessere Umsetzung der EU-Umweltvorschriften herausgearbeitet. Ebenso wurde die Bedeutung eines kontinuierlichen Austausches über gemeinsame Herausforderungen und bewährte Verfahrensweisen bei der Umsetzung unterstrichen. Die Kommission hofft in Zukunft auf eine regelmäßige Behandlung des Themas auf Ebene des Rates.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ wurden eine Reihe von weiteren Punkten behandelt: der Vorsitz informierte über die Arbeiten zu aktuellen Gesetzgebungsvorschlägen, hinsichtlich der EU-Langfriststrategie für eine klimaneutrale Wirtschaft und über die Ergebnisse wichtiger internationaler Tagungen. Die Kommission stellte ihre Mitteilung mit den Empfehlungen für die nationalen integrierten Energie- und Klimapläne vor. Im Anschluss berichtete Österreich über die Ergebnisse des Workshops zu einem zukünftigen EU-Umweltaktionsprogramm, welcher am 11./12. Juni d.J. in Hainburg abgehalten wurde. Dabei wurde die Bedeutung dieses übergeordneten Rahmens für die EU-Umweltpolitik unterstrichen und der österreichische Vorschlag diskutiert, dass auch Klimapolitik im künftigen EU-Umweltaktionsprogramm Eintrag finden soll. Außerdem informierten die Niederlande über eine Konferenz zur Bepreisung von CO₂-Emissionen und Luftverkehrssteuern und Frankreich über die Ergebnisse des Treffens der G7-Umweltministerinnen und -minister. Schlussendlich erläuterte die bulgarische Delegation mögliche EU-Maßnahmen zur Unterstützung der sauberen Mobilität, insbesondere hinsichtlich Elektromobilität und die finnische Delegation stellte das Arbeitsprogramm ihrer Präsidentschaft für das 2. Halbjahr 2019 vor.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

25. Juli 2019

DIⁱⁿ Maria Patek, MBA

Bundesministerin